

Benner, Joachim et al.

**Article — Digitized Version**

## Deutschland erneut in der Rezession

Die Weltwirtschaft

**Provided in Cooperation with:**

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

*Suggested Citation:* Benner, Joachim et al. (2003) : Deutschland erneut in der Rezession, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 2, pp. 148-165

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/3012>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Vorabdruck aus

## Die Weltwirtschaft 2003, Heft 2

Vierteljahresschrift des Instituts für Weltwirtschaft  
an der Universität Kiel

### **Deutschland erneut in der Rezession**

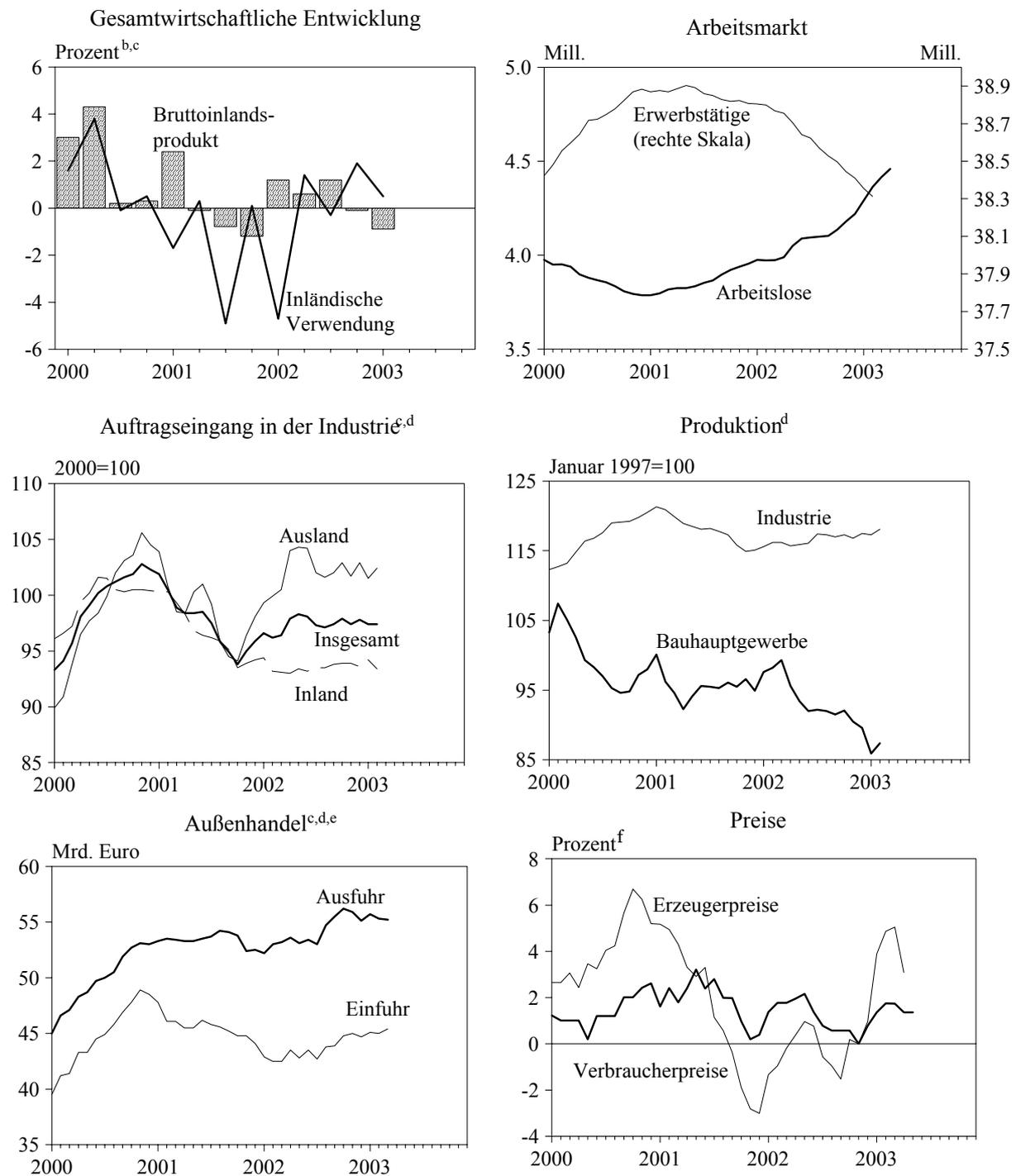
*Von Joachim Benner, Dóra Borbély, Alfred Boss, Annette Kuhn, Carsten-Patrick Meier,  
Frank Oskamp, Joachim Scheide und Rainer Schmidt*

Die deutsche Wirtschaft stagniert in der Tendenz seit nunmehr drei Jahren. Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm im ersten Quartal 2003 sogar ab, mit einer laufenden Jahresrate von 0,9 Prozent (Abbildung 1). Bereits im Vorquartal war es geringfügig zurückgegangen, und die Unterauslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten ist inzwischen erheblich, wenn auch nicht so ausgeprägt wie in den Tiefpunkten der Rezessionen der siebziger, achtziger und neunziger Jahre.

Das Bruttoinlandsprodukt nahm im ersten Quartal ab, obwohl sowohl die Nachfrage aus dem Ausland als auch die Binnennachfrage etwas stiegen. Letztere entfiel aber erneut deutlich vermehrt auf importierte Güter und Dienstleistungen – möglicherweise auch deshalb, weil Importe von Energie-Rohstoffen in Erwartung von Lieferengpässen infolge des Irak-Konflikts vorgezogen wurden. Merklich beschleunigt wurden die privaten Konsumausgaben ausgeweitet. Die Ausrüstungsinvestitionen, die sich Ende vergangenen Jahres stabilisiert hatten, nahmen nochmals leicht zu. Dagegen verringerten sich die Investitionen in sonstige Anlagen merklich. Deutlich zurück gingen auch die Bauinvestitionen, wobei allerdings die kalte Witterung eine Rolle gespielt haben dürfte.

Die Erwartung, dass sich die Konjunktur nach dem Ende des Irak-Krieges rasch beleben würde, hat sich nicht erfüllt. Obwohl sich die geopolitische Lage seit Anfang April entspannt hat und der Rohölpreis deutlich gesunken ist, hat sich das Geschäftsklima im Frühjahr kaum verbessert. Die Auftragseingänge in der Industrie und im Bauhauptgewerbe sind im März sogar regelrecht eingebrochen. All dies deutet auf einen Rückgang der Produktion im produzie-

Abbildung 1:

Indikatoren<sup>a</sup> zur Konjunktur in Deutschland 2000–2003

<sup>a</sup>Saisonbereinigt. – <sup>b</sup>Veränderung gegenüber dem Vorquartal, laufende Jahresrate in Prozent. – <sup>c</sup>Real. – <sup>d</sup>Gleitender Dreimonatsdurchschnitt. – <sup>e</sup>Waren in der Abgrenzung der Außenhandelsstatistik. – <sup>f</sup>Veränderung in den vergangenen sechs Monaten auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

renden Gewerbe im zweiten Quartal hin. Im Dienstleistungssektor, der fast drei Viertel zum Bruttoinlandsprodukt beiträgt, dürfte die Produktion weiter abgenommen haben. Hier hatte sich der Produktionsanstieg in den vergangenen Quartalen immer mehr verlangsamt, bevor die Produktion Anfang des laufenden Jahres erstmals seit Beginn der Konjunkturflaute eingeschränkt wurde. Anzeichen für eine Trendwende sind nicht zuletzt angesichts der Schwierigkeiten im Banken- und Versicherungsgewerbe nicht zu erkennen. Alles in allem erwarten wir für das zweite Quartal 2003 eine weitere leichte Verringerung der gesamtwirtschaftlichen Produktion.

Am Arbeitsmarkt hat sich die Lage im bisherigen Verlauf des Jahres abermals verschlechtert. Die Erwerbstätigkeit ging weiter zurück, der Anstieg der Arbeitslosigkeit hat sich deutlich beschleunigt. Im April betrug die Arbeitslosenquote 10,7 Prozent.

Das Preisklima hat sich wieder beruhigt. Nachdem sich die Verbraucherpreise in den ersten Monaten des Jahres, bedingt durch Steuererhöhungen und infolge stark gestiegener Weltmarktpreise für Rohöl, beschleunigt erhöht hatten, sanken sie im April und im Mai. Ursächlich waren die infolge des Rückgangs der Rohölnotierungen und der weiteren Aufwertung des Euro gesunkenen Kraftstoff- und Heizölpreise.

### **Etwas verbesserte monetäre Rahmenbedingungen**

Nach der Zinssenkung der Europäischen Zentralbank (EZB) vom März liegt der maßgebliche Leitzins im Euroraum bei 2,5 Prozent. Dreimonatsgeld war Ende Mai allerdings schon für 2,3 Prozent zu haben, da die Märkte mit einer weiteren Senkung der Leitzinsen rechnen. Angesichts einer Kerninflationsrate von knapp 1 Prozent liegen die kurzfristigen Realzinsen nunmehr unter ihrem neutralen Niveau (Benner et al. 2003a); ein Vierteljahr zuvor waren sie noch knapp einen halben Prozentpunkt höher. Die Kapitalmarktzinsen sind weiter gesunken. Ende Mai verzinste sich Bundesanleihen mit 9–10-jähriger Restlaufzeit mit 3,6 Prozent, damit ist der langfristige Realzins vor dem Hintergrund langfristiger Inflationserwartungen von weniger als 2 Prozent niedrig. Dies wird auch in den Kreditzinsen für Unternehmen und Selbständige reflektiert, die etwa im selben Ausmaß gesunken sind wie die Kapitalmarktzinsen. Erhöht hatte sich bis März der Risikoaufschlag auf Industrieobligationen; nach dem Ende des Irakkrieges hat er sich im April dann wieder normalisiert. Den etwas niedrigeren Zinsen steht die weitere Aufwertung des Euro gegenüber. Im Verhältnis zum US-Dollar lag er Ende Mai in der Nähe seines Einführungskurses von 1,17. Die internationale preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen hat weiter abgenommen. Im April übertraf der Indikator sein Vorjah-

resniveau um 4,3 Prozent,<sup>1</sup> im Mai wertete der Euro nochmals kräftig auf. Alles in allem dürften die monetären Rahmenbedingungen derzeit etwa neutral sein.

Im Juni wird die EZB die Leitzinsen um einen halben Prozentpunkt senken, um der konjunkturellen Abschwächung im Euroraum und den geringeren Inflationsgefahren Rechnung zu tragen (vgl. Benner et al. 2003b). Die Kapitalmarktzinsen werden sich zunächst noch etwas verringern; im kommenden Jahr ziehen sie leicht an (Tabelle 1). Für den Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar ist unterstellt, dass er im weiteren Verlauf des Jahres auf einen Wert von 1,20 steigt und danach auf diesem Niveau verharrt. Die Anregungen vonseiten der monetären Rahmenbedingungen nehmen insgesamt im Prognosezeitraum geringfügig zu.

Tabelle 1:

Rahmendaten der Konjunkturprognose 2003 und 2004

	2003				2004			
	1. Q. <sup>a</sup>	2. Q. <sup>b</sup>	3. Q. <sup>b</sup>	4. Q. <sup>b</sup>	1. Q. <sup>b</sup>	2. Q. <sup>b</sup>	3. Q. <sup>b</sup>	4. Q. <sup>b</sup>
Geldmenge M3, Euroland <sup>c,d</sup>	7,6	6,5	5,0	3,0	4,5	5,0	5,0	5,0
Zinssatz für Dreimonatsgeld	2,9	2,5	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
Rendite 9-10-jähriger Bundesanleihen	3,9	4,0	3,5	3,7	3,9	4,0	4,2	4,4
Tariflohnindex <sup>e,f</sup>	2,9	2,3	2,6	2,6	2,3	2,3	2,3	2,3
Wechselkurs US-Dollar/Euro	1,07	1,13	1,18	1,20	1,20	1,20	1,20	1,20
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft <sup>g</sup>	96,2	97,0	97,7	97,9	97,9	97,9	97,9	97,9
Industrieproduktion im Ausland <sup>d,h</sup>	0,1	1,1	2,2	3,1	3,5	4,1	3,9	3,9
Rohölpreis <sup>i</sup>	31,5	25,0	24,0	25,5	25,0	24,0	23,5	24,5

<sup>a</sup>Teilweise Geschätzt. – <sup>b</sup>Prognose. – <sup>c</sup>Saisonbereinigter Index. – <sup>d</sup>Veränderung gegenüber Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet, in Prozent. – <sup>e</sup>Veränderung gegenüber dem Vorjahr, in Prozent. – <sup>f</sup>Auf Stundenbasis. – <sup>g</sup>Gegenüber 38 Ländern auf Basis der Verbraucherpreise, Index: 1999 I = 100. – <sup>h</sup>In 18 Industrieländern, gewichtet mit dem Anteil an der deutschen Ausfuhr. – <sup>i</sup>US-Dollar pro Barrel North-Sea-Brent.

Quelle: EZB (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

<sup>1</sup> Ein Anstieg des Indikators zeigt einen Verlust an internationaler preislicher Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft an.

## Finanzpolitik immer noch nicht wachstumsfördernd

Als sich im Herbst 2002 abzeichnete, dass das Budgetdefizit des Staates im Jahr 2003 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt die 3-Prozent-Marke übersteigen könnte, wurden mehrere Einsparmaßnahmen beschlossen; sie betreffen insbesondere die Sozialversicherung (Arbeitsbeschaffungs- und Weiterbildungsprogramme der Bundesanstalt für Arbeit, Leistungen im Gesundheitswesen). Vor allem aber wurden (mit Wirkung ab Januar 2003) die Sozialversicherungsbeiträge und wichtige Verbrauchsteuern (Benzin- und Dieselsteuer, Erdgassteuer, Stromsteuer, Tabaksteuer) deutlich angehoben. Die Abgabenbelastung (Steuer- und Beitragsaufkommen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) wird im Jahr 2003 wohl um 0,5 Prozentpunkte steigen. Die Ausgaben des Staates dürften im Jahr 2003 konjunkturbereinigt um 1,4 Prozent und damit leicht verlangsamt zunehmen. Das strukturelle Budgetdefizit dürfte um reichlich einen halben Prozentpunkt sinken.

Zu Beginn des Jahres 2004 werden die Einkommensteuersätze gesenkt; die Belastung durch die Einkommensteuer nimmt dadurch in einem Ausmaß ab, das (auf Jahresbasis) einem Betrag von lediglich 3 Mrd. Euro entspricht. Die Tabaksteuer wird dagegen um 1 Mrd. Euro erhöht. Die Steuerbelastung insgesamt wird sich im Jahr 2004 nur wenig ändern.<sup>2</sup> Der Beitragsatz in der gesetzlichen Krankenversicherung wird vermutlich etwas sinken (2003: 14,4 Prozent des Bruttoarbeitsentgelts). Zum einen ist mit nennenswerten Ausgabenkürzungen (wie z.B. der Abschaffung des Sterbegeldes) und mit einer höheren Selbstbeteiligung der Versicherten vor allem an den Arzneimittelausgaben zu rechnen. Zum anderen wird der Bund einen Zuschuss an die gesetzliche Krankenversicherung leisten, um spezifische Ausgaben (wie z.B. das Mutterschaftsgeld) zu finanzieren. Der Beitragssatz in der Rentenversicherung dürfte zum Jahresbeginn 2004 abermals steigen. Die Zunahme wird wohl dadurch auf 0,3 Prozentpunkte begrenzt werden, dass die Renten im Juli 2004 nicht erhöht werden; gemäß der Rentenformel müssten sie um knapp 1 Prozent angehoben werden. Die Arbeitslosen- und die Sozialhilfe werden voraussichtlich integriert mit der Folge, dass Mittel eingespart werden; demgegenüber wird die Verkürzung der Zeiträume, für die maximal Arbeitslosengeld bezogen werden kann, erst in den Jahren nach 2004 die Bundesanstalt für Arbeit bzw. den Bund entlasten. Bei den Finanzhilfen des Bundes und der Länder wird es wohl zu Kürzungen kommen; wir veranschlagen sie auf 2 Mrd. Euro. Die Löhne im öffentlichen Dienst werden im Jahr 2004 leicht verlangsamt erhöht. Die öffentlichen Investitionen dürften im Jahr 2004 – nach einem weite-

---

<sup>2</sup> Es ist offen, ob und gegebenenfalls wann eine Zinsabgeltungssteuer eingeführt wird. Eine Amnestie für jene, die im Ausland erzielte Zinserträge nicht deklariert haben, aber das dem Fiskus verheimlichte Vermögen ins Inland transferieren, soll im Jahr 2004 in Kraft treten; kommt es dazu, so ist mit geringfügigen Mehreinnahmen zu rechnen.

ren merklichen Rückgang im Jahr 2003 – etwas zunehmen. Der Anstieg der konjunkturbereinigten Ausgaben des Staates wird im Jahr 2004 wohl etwas geringer als im Jahr 2003 ausfallen. Das strukturelle Budgetdefizit des Staates wird im Jahr 2004 nur wenig zurückgehen.

Im Jahr 2004 werden die Ausgaben des Staates in Relation zum Bruttoinlandsprodukt trotz einzelner Kürzungen rund 48 Prozent betragen (Tabelle 2). Sie werden damit kaum niedriger sein als im Durchschnitt der Jahre 1991 bis 2003. Nach wie vor wird die Größe des Staatssektors das wirtschaftliche Wachstum hemmen. Bei alledem wird die Abgabenbelastung hoch bleiben; das Budgetdefizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt wird mit 3,2 Prozent fast so groß sein wie im Durchschnitt der Jahre 1991 bis 2003.

Tabelle 2:

Ausgaben des Staates, Steuern, Sozialbeiträge und Budgetsaldo 1950–2004<sup>a,b</sup>

	Ausgaben	Steuern	Sozialbeiträge	Sonstige Einnahmen	Budgetsaldo
1950 <sup>c</sup>	31,6	21,3	8,7	2,2	0,6
1960	32,9	23,0	10,3	2,6	3,0
1970 <sup>d</sup>	39,1	23,5	12,1	4,0	0,5
1980	47,9	24,5	16,2	4,3	-2,9
1990	44,5	22,1	16,1	4,3	-2,0
1991 <sup>e</sup>	48,2	22,4	17,2	4,4	-4,2
1992 <sup>e</sup>	50,4	22,8	17,6	4,9	-5,1
1993 <sup>e</sup>	51,3	22,9	18,2	4,9	-5,3
1994 <sup>e</sup>	50,2	22,9	18,6	5,0	-3,7
1995 <sup>f</sup>	49,4	22,5	18,8	4,8	-3,3
1996	50,3	22,9	19,4	4,6	-3,4
1997	49,3	22,6	19,7	4,3	-2,7
1998	48,8	23,1	19,3	4,2	-2,2
1999	48,8	24,2	19,0	4,1	-1,5
2000	48,4	24,6	18,6	3,8 <sup>g</sup>	-1,4 <sup>g</sup>
2001	48,3	23,0	18,5	4,0	-2,8
2002	48,6	22,6	18,4	3,9	-3,6
2003	48,8	22,8	18,7	3,8	-3,5
2004	48,1	22,7	18,5	3,7	-3,2

<sup>a</sup>Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, Prozent. –

<sup>b</sup>Bis 1990 früheres Bundesgebiet. – <sup>c</sup>Ohne Saarland und Westberlin. – <sup>d</sup>Ab 1970 Angaben nach den revidierten Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 1995). – <sup>e</sup>Einschließlich Treuhandanstalt. – <sup>f</sup>Ohne Berücksichtigung der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt durch den Staat. – <sup>g</sup>Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (2,5 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Wirtschaft und Statistik* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

## **Widriges Umfeld für die Exportkonjunktur**

Die Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen konnte sich zu Jahresbeginn wie auch schon im vergangenen Jahr gut behaupten. Im ersten Quartal nahmen die realen Exporte mit einer laufenden Jahresrate von 2,9 Prozent zu, obwohl die Industrieproduktion der wichtigsten Handelspartner Deutschlands stagnierte und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit sich beträchtlich verschlechterte. Die Warenausfuhren in die Reform- und in die Entwicklungsländer expandierten deutlich, und die Warenausfuhren in die Vereinigten Staaten entwickelten sich trotz der Euroaufwertung zu Jahresbeginn robust. Hinzu kam, dass die Exporte von Dienstleistungen kräftig anzogen.

Seit Jahresbeginn sind die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe aus dem Ausland in der Tendenz gesunken. Dies und die kräftige Aufwertung des Euro deuten darauf hin, dass sich die Ausfuhren im zweiten Quartal abgeschwächt haben. Im weiteren Jahresverlauf werden sie sich mit einer langsamen Erholung der Investitionstätigkeit der Handelspartner wieder etwas erhöhen. Die Dynamik bleibt angesichts der Festigung des Euro gegenüber dem Dollar jedoch verhalten. Im weiteren Prognosezeitraum lassen die dämpfenden Wirkungen der Euroaufwertung nach und gleichzeitig beschleunigt sich die Weltkonjunktur. Im Jahr 2004 dürften die Exporte um 4 Prozent steigen, nach 3 Prozent in diesem Jahr.

Die Importe von Waren und Dienstleistungen nahmen zu Beginn des Jahres erneut merklich zu. Neben der kräftigen Konsumnachfrage dürften dafür vor allem Vorratseinkäufe von Energierstoffen verantwortlich gewesen sein; offenbar war vor dem Ausbruch des Irak-Krieges noch Öl auf Lager gekauft worden. Dies spricht dafür, dass sich die Unternehmen in nächster Zeit mit weiteren Energiestoffkäufen zurückhalten werden. Vor diesem Hintergrund und aufgrund der vorerst schwachen Gesamtnachfrage dürften die Importe vorübergehend abnehmen und erst im weiteren Verlauf des Jahres wieder langsam steigen. Die Importe von Waren und Dienstleistungen werden im Jahr 2003 um 5 Prozent zunehmen, im Folgejahr dann um 3,7 Prozent.

Die Einfuhrpreise zogen zu Beginn des Jahres vor allem aufgrund der hohen Rohölnotierungen an. Nach dem Ende des Irak-Krieges entspannte sich das Preisklima jedoch wieder, und begünstigt durch die kräftige Euroaufwertung dürften die Importpreise im Sommerhalbjahr sogar rückläufig sein. Dazu wird beitragen, dass die Preise für Nahrungs- und Futtermittel sowie für nichtenergetische Industrierohstoffe aufgrund der schwachen Weltnachfrage weiterhin sinken. Im späteren Verlauf des Prognosezeitraums dürften die Einfuhrpreise mit dem Anziehen der Weltkonjunktur und bei in etwa gleich bleibenden Rohölpreisen wieder moderat

steigen. Die Exportpreise zogen im ersten Quartal trotz der starken Euroaufwertung kräftig an. Es ist aber zu erwarten, dass sie sich aufgrund der verminderten Preisüberwälzungsspielräume nur noch geringfügig erhöhen werden. Die Verbesserung der Terms of Trade wird bis zum Ende des Prognosezeitraums auslaufen.

### Zögerliche Belebung der Investitionstätigkeit

Die Unternehmensinvestitionen sind im ersten Quartal 2003 zurückgegangen, nachdem sie sich gegen Ende des Jahres 2002 erholt hatten. Stark rückläufig war der Wirtschaftsbau, während die Ausrüstungsinvestitionen noch geringfügig ausgeweitet wurden. Maßgeblich für die Investitionsschwäche dürften nicht zuletzt die anhaltende Unsicherheit infolge des Irak-Konflikts und die Unklarheit über den Kurs der Wirtschaftspolitik gewesen sein. Eine baldige Erholung der Investitionstätigkeit ist nicht zu erwarten, darauf lassen der Rückgang der Auftragseingänge aus dem Inland bei den Investitionsgüterproduzenten und das niedrige Niveau der Stimmungsindikatoren schließen. Erst für die zweite Jahreshälfte ist im Zuge der sich aufhellenden Absatz- und Ertragsperspektiven mit einer Ausweitung der Unternehmensinvestitionen zu rechnen. Anregend wirken das niedrige Zinsniveau und die gesunkenen Rohölpreise. Insgesamt rechnen wir für dieses Jahr mit einer Stagnation bei den Unternehmensinvestitionen (Tabelle 3). Im nächsten Jahr dürften die Investoren bei steigender Kapazitätsauslastung ihre Zurückhaltung langsam aufgeben, zumal die Lohnstückkosten spürbar sinken. Für den Durchschnitt des Jahres 2004 rechnen wir mit einem Anstieg der Investitionen um 5,2 Prozent.

Tabelle 3:

Reale Anlageinvestitionen 2001–2004 (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)

	2001	2002	2003 <sup>a</sup>	2004 <sup>a</sup>
Anlageinvestitionen	-5,3	-6,7	0,9	5,6
Unternehmensinvestitionen	-4,3	-7,1	-0,1	5,2
Ausrüstungen	-5,8	-9,4	1,6	6,5
Sonstige Anlagen	5,0	2,5	1,6	5,8
Wirtschaftsbau	-4,1	-5,3	-4,7	1,6
Wohnungsbau	-7,1	-5,9	-4,5	1,5
Öffentlicher Bau	-5,0	-6,9	-7,3	0,8
<i>Nachrichtlich:</i>				
Bauten insgesamt	-6,0	-5,9	-4,9	1,5
<sup>a</sup> Prognose.				

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 3* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

Die Wohnungsbauinvestitionen nahmen zu Jahresbeginn – nicht zuletzt aufgrund der ungünstigen Witterung – deutlich ab. Sie werden im zweiten Halbjahr angesichts der erheblichen Überkapazitäten sowie der nach wie vor unsicheren Arbeitsplatzsituation wohl weiter zurückgefahren. Hierauf deuten der starke Rückgang der Auftragseingänge und die pessimistischen Erwartungen hin. Leichte Impulse dürften hingegen von dem „Wohnraum-Modernisierungsprogramm 2003“ der Kreditanstalt für Wiederaufbau ausgehen, mit dem Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen an selbst genutzten und vermieteten Wohngebäuden gefördert werden. Dieses Programm dürfte dazu führen, dass Bauinvestitionen in dieses und ins nächste Jahr vorgezogen werden. Insgesamt erwarten wir für das Jahr 2003 einen Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen um 4,5 Prozent. Für das kommende Jahr rechnen wir aufgrund der sich allmählich aufhellenden Einkommensperspektiven mit einer leichten Zunahme (1,5 Prozent).

Die öffentlichen Bauinvestitionen werden angesichts der angespannten Haushaltslage in diesem Jahr weiter sinken. Insbesondere die Kommunen dürften ihre Bautätigkeit merklich einschränken. Wir erwarten für das Jahr 2003 einen Rückgang um 7,3 Prozent. Im kommenden Jahr dürfte sich die Abnahme abschwächen, aufgrund der höheren Zahl an Arbeitstagen ergibt sich ein Anstieg um 0,8 Prozent.

### **Schwacher privater Konsum**

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte wurden im ersten Quartal 2003 mit einer laufenden Jahresrate von 2,5 Prozent ausgeweitet. Dies ist der stärkste Zuwachs seit fast zwei Jahren. Angesichts der zu Jahresbeginn angehobenen Sozialversicherungsbeiträge, des Preischubs vom Januar und der kaum verbesserten Verbraucherstimmung im ersten Quartal ist dies überraschend. Eine Rolle dürften außergewöhnlich hohe Heizölkäufe gespielt haben. Der private Konsum wird im weiteren Jahresverlauf deutlich langsamer expandieren. Zwar stimuliert der geringe Verbraucherpreisanstieg die Konsumbereitschaft, doch bremst noch immer eine Reihe von Faktoren die Kauflust der privaten Haushalte: So wird sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt im Verlauf des Jahres weiter verschlechtern, und eine deutliche Verbesserung der Lage auf den Aktienmärkten ist nicht zu erwarten. Daher wird die Ausweitung der privaten Konsumausgaben in diesem Jahr verhalten bleiben. Im Jahresdurchschnitt wird der private Konsum sein Vorjahresniveau um 0,8 Prozent übertreffen.

Im kommenden Jahr werden die privaten Konsumausgaben nur wenig rascher steigen. Die Steuerbelastung der Haushalte wird nur geringfügig sinken. Zwar werden zu Jahresbeginn 2004 die Einkommensteuersätze gesenkt, dem steht aber die Erhöhung der Tabaksteuer

gegenüber. Die Belastung durch die Sozialversicherungsbeiträge insgesamt wird sich nicht nennenswert ändern, da sich gegenläufige Beitragsänderungen in ihrer Wirkung nahezu aufheben werden. Leichte Impulse werden zum einen vom Anstieg der Effektivlöhne ausgehen, zum anderen wird der Rückgang der Beschäftigung im späteren Verlauf des Jahres zu Ende gehen. Bei nur geringfügig schwächerem Preisauftrieb dürften die real verfügbaren Einkommen der Haushalte um 1,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr zulegen. Die privaten Konsumausgaben werden im Jahresdurchschnitt 2004 voraussichtlich um ebenfalls 1,0 Prozent steigen.

### **Deflationsrisiko nach wie vor gering**

Der Preisniveaustieg blieb im bisherigen Jahresverlauf, mit Ausnahme des Preisschubs im Januar, moderat. Im April und im Mai verbilligte sich die Lebenshaltung saisonbereinigt sogar um jeweils 0,2 Prozent; dies war vor allem auf den Rückgang des Ölpreises zurückzuführen. Der um die Energiepreise bereinigte Verbraucherpreisindex stieg im April saisonbereinigt um 0,1 Prozent, im Mai stagnierte er.

Im weiteren Verlauf des Jahres wird die Inflation gering bleiben. Die Wirkung der sinkenden Preise für Mineralölerzeugnisse wird demnächst auslaufen, so dass von dieser Seite kaum mehr Preissenkungstendenzen zu erwarten sind. Die Preisüberwälzungsspielräume der Produzenten bleiben aber aufgrund der schwachen Konjunktur eng. Zudem dämpft die Euroaufwertung den Verbraucherpreisanstieg. Im Jahresdurchschnitt 2003 dürfte die Inflationsrate 1,0 Prozent betragen. Im Verlauf des kommenden Jahres wird sich der Verbraucherpreisauftrieb geringfügig verstärken, denn mit der langsam wieder steigenden Kapazitätsauslastung vergrößern sich die Preiserhöhungsspielräume der Produzenten. Hinzu kommt, dass bei dem unterstellten stabilen Wechselkurs die dämpfenden Effekte der Euroaufwertung auslaufen werden. Für den Jahresdurchschnitt 2004 erwarten wir eine Inflationsrate von 0,9 Prozent.

Mit einer Deflation rechnen wir nach wie vor nicht. Zwar ist die Wahrscheinlichkeit eines Preisniveaurückgangs angesichts der deutlichen Abnahme der Kapazitätsauslastung zu Jahresbeginn und des schlechteren Geschäftsklimas gestiegen. Eine stochastische Simulation mit Hilfe eines Prognosemodells (Benner et al. 2003a; Borbély und Meier 2003) ergibt aber, dass die Wahrscheinlichkeit für einen anhaltenden und deutlichen Rückgang des Preisniveaus, der nicht auf einen Ölpreisverfall zurückzuführen ist, gering ist. Beispielsweise beträgt die Wahrscheinlichkeit, dass es im Zeitraum bis Ende 2004 zu einem mindestens drei Quartale anhal-

tenden Rückgang des Preisniveaus um mehr als 1 Prozent kommt,<sup>3</sup> nur 7,4 Prozent (Tabelle 4). Zu Jahresbeginn hatte diese Wahrscheinlichkeit allerdings nur 2,9 Prozent betragen. Deutlich wahrscheinlicher sind dagegen anhaltende geringfügige Preisniveaurückgänge (um weniger als 1 Prozent) geworden. So ist die Wahrscheinlichkeit, dass es im Zeitraum bis Ende 2004 überhaupt zu einer – nicht ölpreisbedingten – Verringerung des Verbraucherpreisindex über drei Quartale in Folge kommt, nunmehr mit 34,3 Prozent doppelt so hoch wie in der Simulation vom März 2003. Ein geringfügiger Rückgang des Preisniveaus dürfte jedoch kaum ein Hemmnis für die konjunkturelle Erholung darstellen. Auch eine sich selbst verstärkende deflationäre Entwicklung ist bei geringen Preisrückgängen nicht zu erwarten, zumal die EZB über genügend Spielraum verfügt, um die Zinsen im Euroraum weiter zu senken.

Tabelle 4 :

Eintrittswahrscheinlichkeit einer deflationären Entwicklung unter der Annahme eines konstanten Ölpreises (Stand: März bzw. Juni 2003) (Prozent)

Preisniveaurückgang	Bis Ende 2003						Bis Ende 2004					
	<0,0%		<-0,5%		<-1,0%		<0,0%		<-0,5%		<-1,0%	
	März	Juni	März	Juni	März	Juni	März	Juni	März	Juni	März	Juni
2 Quartale in Folge	10,6	26,1	3,2	9,8	0,7	3,1	21,9	41,3	10,8	21,7	4,6	10,0
3 Quartale in Folge	4,3	20,1	0,7	6,5	0,1	1,5	17,0	34,3	7,6	16,8	2,9	7,4

Quelle: Benner et al. (2003a); eigene Berechnungen.

## Wende auf dem Arbeitsmarkt nicht vor Mitte 2004

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich im ersten Quartal 2003 nochmals deutlich verschlechtert. Nach einem durchschnittlichen Anstieg von saisonbereinigt 67 000 Personen pro Quartal in der zweiten Hälfte des Jahres 2002 stieg die Arbeitslosigkeit im ersten Quartal 2003 um 165 000 Personen. Seit März nahm der monatliche Anstieg jedoch ab, und er betrug im April noch 44 000 Personen (Januar bis März: durchschnittlich 65 000 Personen). Besonders auffällig ist dabei, dass die registrierte Arbeitslosigkeit im ersten Quartal dieses Jahres stärker gestiegen ist, als die Erwerbstätigkeit abnahm (um 149 000). Noch in der zweiten Jahreshälfte 2002 verlief die Entwicklung umgekehrt, der Anstieg der Arbeitslosigkeit war mit durchschnittlich 67 000 Personen pro Quartal wesentlich geringer als der Beschäftigungsrückgang

<sup>3</sup> Dabei sind Preisniveauveränderungen aufgrund von Ölpreisveränderungen per Annahme ausgeschlossen (Benner et al. 2003a).

(–125 000). Ursächlich für diese abrupte Tendenzwende ist primär die drastische Einschränkung bei den traditionellen Weiterbildungsmaßnahmen. Sie schlug sich in nahezu vollem Umfang in einer Erhöhung der registrierten Arbeitslosigkeit nieder, weil die als Kompensation gedachten Instrumente der Hartz-Reform bisher kaum greifen.

Unter dem Eindruck der schlechten Arbeitsmarktlage sowie mit Rücksicht auf die nach dem Ende des Irak-Krieges kaum aufgehellten konjunkturellen Perspektiven haben die Tarifparteien in der Lohnrunde dieses Jahres einen moderaten Kurs eingeschlagen.<sup>4</sup> Lagen bereits die Forderungen deutlich niedriger als in der Lohnrunde 2002, so gilt dies erst recht für die bislang getätigten Abschlüsse. So einigte man sich in der Chemieindustrie auf einen Vertrag mit 13 Monaten Laufzeit, für den sich eine durchschnittliche Tariflohnanhebung um 2,4 Prozent ergibt. Zugleich verständigte man sich auf den bundesweit ersten Tarifvertrag mit einer Vereinbarung über eine langfristige Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze und mit einem Anspruch auf Qualifizierungsmaßnahmen, die aus angesparten Zeitguthaben „finanziert“ werden sollen. Für dieses Jahr rechnen wir in der Gesamtwirtschaft mit einem Anstieg der tariflichen Stundenlöhne um 2,6 Prozent, da sich in wichtigen Bereichen noch die hohen Lohnabschlüsse der Tarifrunde 2002 auswirken. 2004 wird sich indessen der Anstieg auf nur noch 2,3 Prozent belaufen. Auf den für die Personaldispositionen relevanten Produzentenreallohn<sup>5</sup> wirkt sich zusätzlich günstig aus, dass der Trend zu einer negativen Lohndrift, d.h. zum Abbau über-tariflicher Leistungen, angesichts der schlechten Arbeitsmarktlage offenbar anhält. Die Lohn-zusatzkosten, die Anfang dieses Jahres infolge der Anhebung der Beitragssätze und der Beitragsbemessungsgrenzen in der Sozialversicherung kräftig gestiegen sind, werden im Jahr 2004 deutlich abgeschwächt zunehmen, da die zu erwartende Beitragserhöhung in der Rentenversicherung durch eine Beitragssatzsenkung in der Krankenversicherung teilweise kompensiert wird. Insgesamt gesehen errechnet sich eine Erhöhung des Produzentenreallohns um 0,7 Prozent in diesem und um 0,9 Prozent im nächsten Jahr.<sup>6</sup> Diese Zunahme liegt unter dem mittelfristigen Wachstum der Arbeitsproduktivität pro Stunde (1,5 Prozent für die Periode 1997–2002). Selbst wenn im Zuge der vermuteten Abnahme des Potentialwachstums ein etwas schwächeres Wachstum der mittelfristigen Arbeitsproduktivität unterstellt wird, sind

---

<sup>4</sup> Lediglich die Forderung der IG Metall, in Ostdeutschland stufenweise die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich einzuführen, passt nicht in dieses Bild. Allerdings wäre die große Mehrheit der Unternehmen der Metallindustrie in den neuen Ländern von einem entsprechenden Abschluss nicht oder nur wenig betroffen, weil sie entweder den Tarifverbund verlassen hat oder diesen Abschluss nicht bzw. nur teilweise umsetzen würde.

<sup>5</sup> Arbeitnehmerentgelt je geleistete Erwerbstätigenstunde dividiert durch den Deflator des Bruttoinlandsprodukts.

<sup>6</sup> Für den Deflator des Bruttoinlandsprodukts wurde ein Anstieg um 1,3 Prozent in diesem und 0,8 Prozent im nächsten Jahr unterstellt.

vonseiten der Lohnpolitik Anreize zur Ausweitung der Beschäftigung im Prognosezeitraum gegeben.

Trotzdem wird im weiteren Verlauf des Jahres der Beschäftigungsrückgang anhalten. Der leichte Produktionsanstieg in der zweiten Jahreshälfte wird das Tempo des Personalabbaus lediglich reduzieren. Auch durch die Realisation der Vorschläge der Hartz-Kommission dürften in diesem Jahr, bei einer unterstellten Zunahme von brutto 50 000 Beschäftigten, aufgrund von Verdrängungs- und Mitnahmeeffekten noch keine nennenswerten positiven Nettowirkungen auf die Erwerbstätigkeit ausgehen. Bei den so genannten „Ich-AGs“ besteht insbesondere in diesem Jahr noch die Gefahr, dass deren Beschäftigungswirkungen per saldo durch Mitnahmeeffekte und die Verdrängung von Arbeitsplätzen abhängig Erwerbstätiger kompensiert werden.

Bei den Personal-Service-Agenturen (PSA) ist auf längere Sicht mit einem positiven Beschäftigungseffekt insoweit zu rechnen, als die Arbeitskosten eines PSA-Beschäftigten aufgrund niedrigerer Tariflöhne und leichterer Kündbarkeit geringer sind. Bei den „Mini-Jobs“ rechnen wir vor dem Hintergrund der gesetzlichen Neuregelungen für das Jahr 2003 nicht mit einem signifikant positiven Beschäftigungseffekt, da die geringfügige Nebenbeschäftigung wieder steuerlich begünstigt wird. Zwar wird die Zahl der Arbeitsverhältnisse in dem Bereich der geringfügigen Beschäftigung zunehmen, die Zahl der Erwerbstätigen wird aber nur schwach steigen, weil ausschließlich geringfügig Beschäftigte durch Personen ersetzt werden, die diese Tätigkeit im Nebenerwerb ausführen, also bereits in der Erwerbstätigenstatistik ausgewiesen sind.<sup>7</sup>

Vor diesem Hintergrund dürfte die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2003 um 520 000 Personen auf 38,17 Mill. Personen abnehmen (Tabelle 5). Ein Anstieg der Erwerbstätigkeit ist erst ab dem dritten Quartal 2004 zu erwarten. Dieser wird zunächst jedoch sehr moderat sein, da die Unternehmen die leicht beschleunigt zunehmende Produktion primär durch längere Arbeitszeiten der bereits Beschäftigten bewältigen werden. Hierzu wird vor allem die in die-

---

<sup>7</sup> Die von der Bundesknappschaft in Cottbus ermittelte Zahl von rund 6 Mill. Minijobs, die unter die Neuregelung dieser Beschäftigungsverhältnisse fallen, enthält auch die früheren, nach dem ehemaligen 325-Euro-Gesetz ausschließlich geringfügig Erwerbstätigen. Deren Zahl ist nach der alten Erfassungsmethode offenbar ganz erheblich unterschätzt worden. Da noch keine Informationen darüber verfügbar sind, wie hoch der Anteil der im Nebenerwerb ausgeführten, neuen Minijobs ist, lassen sich keine Schlüsse auf den Einfluss der aktuellen Minijobregelung auf die am Personenkonzept orientierten Erwerbstätigenstatistik ziehen. Dies gilt ebenso für den Anstieg der haushaltsnahen Dienstleistungen, soweit diese sich nicht durch eine Legalisierung von Schwarzarbeit erklären lassen.

Tabelle 5:

Arbeitsmarktbilanz 1998–2004<sup>a</sup>

	1998	1999	2000	2001	2002	2003 <sup>b</sup>	2004 <sup>b</sup>
Deutschland							
Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	33 638	34 134	34 748	34 834	34 591	34 051	33 852
<i>Nachrichtlich:</i>							
Kurzarbeiter	115	119	86	123	207	197	177
Pendlersaldo	63	66	65	62	61	61	62
Beschäftigte Arbeitnehmer (Inländer)	33 575	34 068	34 683	34 772	34 530	33 990	33 790
Selbständige <sup>c</sup>	3 972	3 943	4 004	4 083	4 097	4 117	4 140
Erwerbstätige (Inland)	37 610	38 077	38 752	38 917	38 688	38 168	37 992
Arbeitsangebot <sup>d</sup>	43 434	43 715	44 062	44 276	44 308	44 343	44 362
Stille Reserve <sup>d</sup>	1 545	1 539	1 421	1 507	1 560	1 669	1 696
Registrierte Arbeitslose	4 279	4 099	3 889	3 852	4 060	4 506	4 676
<i>Nachrichtlich:</i>							
Arbeitslose nach ILO-Konzept <sup>e</sup>	3 594	3 333	3 066	3 110	3 396	3 795	3 930
Arbeitslosenquote:							
Nach eigener Berechnung <sup>f</sup>	10,2	9,7	9,1	9,0	9,5	10,6	11,0
Nach Definition der BA <sup>g,h</sup>	11,1	10,5	9,6	9,4	9,8	10,9	11,3
Westdeutschland (ohne Westberlin)							
Erwerbstätige <sup>i</sup>	30 120	30 554	31 263	31 527	31 420	31 000	30 889
darunter: BSM <sup>j</sup>							
<i>Arbeitsangebot</i> <sup>k</sup>	34 209	34 502	34 914	35 154	35 222	35 263	35 314
<i>Stille Reserve</i> <sup>k</sup>	1 339	1 345	1 271	1 307	1 305	1 395	1 427
Registrierte Arbeitslose	2 750	2 603	2 380	2 320	2 497	2 868	2 998
Arbeitslosenquote							
Nach eigener Berechnung <sup>k</sup>	8,4	7,9	7,1	6,9	7,4	9,2	9,7
Nach Definition der BA <sup>g,h</sup>	9,1	8,4	7,4	7,2	7,7	9,6	10,1
Ostdeutschland (einschl. Berlin)							
Erwerbstätige <sup>i</sup>	7 490	7 523	7 489	7 390	7 268	7 168	7 103
darunter: BSM <sup>j</sup>	325	363	257	190	150	101	75
<i>Arbeitsangebot</i> <sup>k</sup>	9 225	9 213	9 148	9 122	9 086	9 080	9 048
<i>Stille Reserve</i> <sup>j</sup>	206	194	150	200	255	274	267
Registrierte Arbeitslose	1 529	1 496	1 509	1 532	1 563	1 638	1 678
Arbeitslosenquote							
Nach eigener Berechnung <sup>l</sup>	17,0	16,6	16,8	17,2	17,7	18,6	19,1
Nach Definition der BA <sup>g,h</sup>	15,8	15,5	15,9	16,6	17,7	18,6	19,1

<sup>a</sup>1 000 Personen. – <sup>b</sup>Prognose. – <sup>c</sup>Einschließlich mithelfender Familienangehöriger. – <sup>d</sup>Eigene Neuschätzung auf Basis der revidierten Erwerbstätigenzahlen des Statistischen Bundesamtes vom Januar 2003. – <sup>e</sup>Gemäß standardisierter Definition der EU, VGR-Konzept. – <sup>f</sup>Registrierte Arbeitslose in Prozent der Summe aus den erwerbstätigen Inländern und den registrierten Arbeitslosen. – <sup>g</sup>BA: Bundesanstalt für Arbeit; bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. – <sup>h</sup>Ab Mai 2002 berechnet auf der Basis aktualisierter Erwerbspersonenzahlen. – <sup>i</sup>Arbeitsortkonzept. – <sup>j</sup>BSM: Beschäftigung schaffende Maßnahmen, d.h. allgemeine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Struktur- anpassungsmaßnahmen. – <sup>k</sup>Schätzungen, die u.a. auf einer approximativen Ermittlung des Arbeitsangebots in Westberlin basieren. – <sup>l</sup>Registrierte Arbeitslose mit Wohnort in West- bzw. Ostdeutschland in Prozent der Summe aus den jeweils dort Beschäftigten und registrierten Arbeitslosen (Mischung aus „Inlands-“ und „Inländer-“Konzept).

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Wirtschaft und Statistik* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Fachserie 1* (lfd. Jgg.); *Pressemitteilung* des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder vom 30. Januar 2003; eigene Schätzungen und Prognosen.

sem Jahr aufgelaufene Unterdeckung der Arbeitszeitkonten herangezogen werden. Für den Jahresdurchschnitt 2004 ergibt sich allerdings noch ein Rückgang um rund 180 000 Personen auf 37,99 Mill. Personen.

Die registrierte Arbeitslosigkeit wird auch im weiteren Verlauf dieses Jahres steigen, allerdings nach der Jahresmitte mit abnehmender Tendenz. Mit 490 000 Personen im gesamten Jahresverlauf entspricht der Anstieg der Abnahme der Beschäftigung. Die konjunkturell bedingte Vergrößerung der stillen Reserve im engeren Sinne wird dabei durch den Anstieg des Arbeitsangebots,<sup>8</sup> der aus der Einschränkung traditioneller Weiterbildungsmaßnahmen resultiert und fast ausschließlich zu einer Erhöhung der registrierten Arbeitslosigkeit führt, kompensiert. Im Jahresdurchschnitt 2003 steigt die registrierte Arbeitslosigkeit um knapp 450 000 Personen auf gut 4,5 Mill. Personen. Für das Jahr 2004 erwarten wir ab dem dritten Quartal einen Rückgang der Arbeitslosigkeit, der jedoch hinter dem Anstieg der Erwerbstätigkeit zurückbleiben wird, da dieser teilweise durch den Abbau der stillen Reserve erfolgen wird. Am Jahresende 2004 dürfte die Arbeitslosigkeit so hoch sein wie Ende 2003. Für das Jahr 2004 ergibt sich ein abermaliger Anstieg um gut 170 000 Personen auf knapp 4,7 Mill.

### **Ausblick: Kapazitätsauslastung sinkt vorerst weiter**

Die Perspektiven für eine Erholung der Konjunktur in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres haben sich verschlechtert. So hat sich das Geschäftsklima bisher nicht nachhaltig aufgehellt, und die Aufwertung des Euro hat sich fortgesetzt. Zwar dürfte es zu keinem weiteren Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion kommen; dafür sprechen das geringe Zinsniveau, der niedrige Ölpreis und die allmähliche Erholung der Weltkonjunktur. Ein Aufschwung ist angesichts des anhaltenden Verlusts an preislicher Wettbewerbsfähigkeit und der sehr verhaltenen Expansion der Weltwirtschaft aber nicht zu erwarten, zumal Impulse vonseiten der Binnenkonjunktur angesichts höherer Steuern und Abgaben und der Verunsicherung darüber, was von den wirtschaftspolitischen Reformansätzen verwirklicht wird, ausbleiben. Für den Jahresdurchschnitt 2003 ergibt sich unter diesen Umständen nicht mehr als eine Stagnation des realen Bruttoinlandsprodukts (Tabelle 6).

---

<sup>8</sup> Nach dem Konzept der stillen Reserve im engeren Sinne zählen Personen in Vollzeit-Weiterbildungsmaßnahmen nicht zum Arbeitsangebot, da sie weder als erwerbstätig noch als arbeitslos registriert sein können.

Tabelle 6:

Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 2001–2004

	2002	2001	2002	2003 <sup>a</sup>	2004 <sup>a</sup>
	Mrd. €	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent			
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1995					
Bruttoinlandsprodukt	1984,3	0,6	0,2	0,0	1,8
Private Konsumausgaben	1124,3	1,5	-0,6	0,8	1,0
Konsumausgaben des Staates	388,5	0,8	1,5	0,5	0,5
Anlageinvestitionen	391,3	-5,3	-6,7	-2,1	3,8
Ausrüstungsinvestitionen	149,9	-5,8	-9,4	1,6	6,5
Bauinvestitionen	214,3	-6,0	-5,9	-5,1	1,5
Sonstige Anlagen	27,1	5,0	2,5	1,6	5,8
Vorratsveränderung (Mrd. €)	-13,9	-15,2	-13,9	-6,5	-4,9
Ausfuhr	713,8	5,0	2,6	3,0	4,0
Einfuhr	619,8	1,0	-2,1	5,0	3,7
Außenbeitrag (Mrd. €)	94,0	62,2	94,0	84,4	89,7
Bruttonationaleinkommen	1976,5	0,2	0,5	0,1	1,7
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	2108,2	2,0	1,8	1,3	2,5
Private Konsumausgaben	1241,9	3,5	0,8	1,8	1,7
Konsumausgaben des Staates	402,8	1,6	2,4	1,2	0,8
Anlageinvestitionen	387,8	-5,1	-6,9	-2,1	4,6
Ausrüstungsinvestitionen	150,9	-5,4	-9,3	1,4	8,1
Bauinvestitionen	212,8	-5,8	-6,0	-4,8	1,7
Sonstige Anlagen	24,1	4,1	1,7	-0,5	6,4
Vorratsveränderung (Mrd. €)	-7,3	-9,4	-7,3	1,5	1,1
Ausfuhr	748,3	6,1	2,9	3,7	5,5
Einfuhr	665,2	1,6	-3,4	4,2	4,6
Außenbeitrag (Mrd. €)	83,0	38,6	83,0	72,8	93,9
Bruttonationaleinkommen	2099,1	1,7	2,1	1,5	2,3
Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts					
Bruttoinlandsprodukt	106,2	1,4	1,6	1,3	0,8
Private Konsumausgaben	110,5	1,9	1,4	1,1	0,9
Ausrüstungsinvestitionen	100,7	0,4	0,1	-0,2	1,5
Bauinvestitionen	99,3	0,2	-0,1	0,2	0,2
Sonstige Anlagen	89,0	-0,8	-0,8	-2,0	0,6
Ausfuhr	104,8	1,0	0,3	0,7	1,4
Einfuhr	107,3	0,6	-1,3	-0,8	0,8
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	1562,0	1,5	2,0	1,2	2,2
Arbeitnehmerentgelt	1130,0	1,9	0,9	0,6	1,4
in Prozent des Volkseinkommens		73,2	72,3	71,9	71,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	432,0	0,2	5,1	2,9	4,4
Lohnstückkosten, real <sup>b</sup>		0,1	-0,8	-0,5	-1,1
Produktivität <sup>c</sup>		1,0	1,2	1,5	2,1
Arbeitslose (1 000)		3 852	4 060	4 506	4 676
Arbeitslosenquote (Prozent)		9,4	9,8	10,9	11,3
Erwerbstätige <sup>d</sup> (1 000)		38 917	38 688	38 168	37 992
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. €		-57,5	-76,2	-75,0	-70,4
in Prozent des Bruttoinlandsprodukts		-2,8	-3,6	-3,5	-3,2
Schuldenstand <sup>e</sup>		59,5	60,9	63,4	64,8
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. €)		2,7	48,4	47,1	58,9

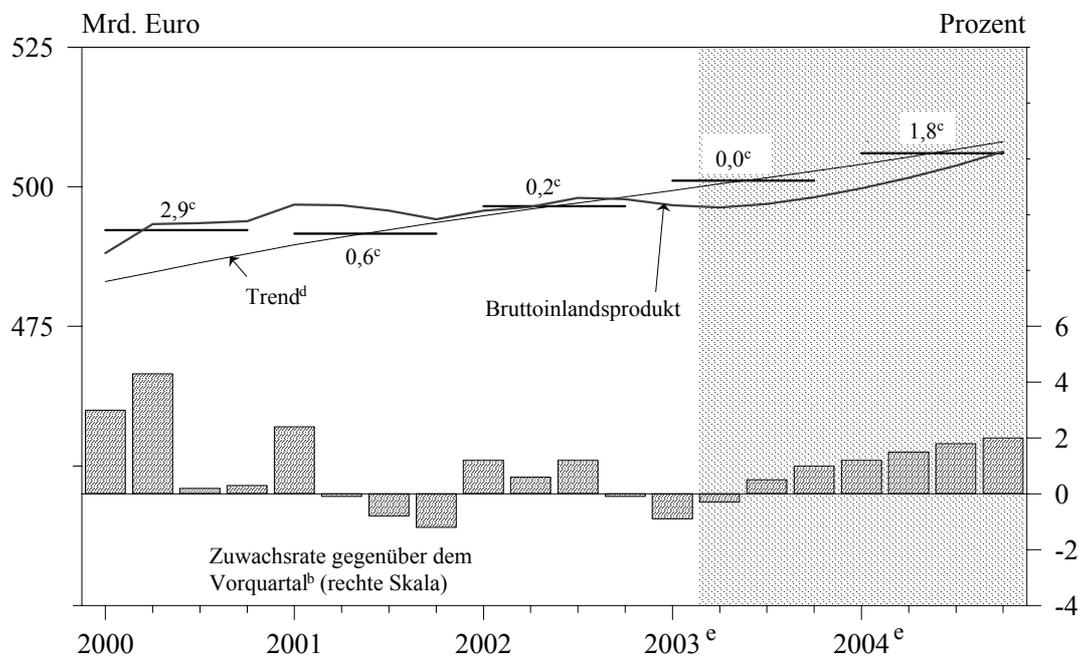
<sup>a</sup>Prognose. – <sup>b</sup>Arbeitnehmerentgelt je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. – <sup>c</sup>Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je geleisteter Arbeitsstunde. – <sup>d</sup>Inlandskonzept. – <sup>e</sup>In Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

Im kommenden Jahr dürfte die Konjunktur mit der Kräftigung des weltweiten Aufschwungs etwas an Fahrt gewinnen. Zudem dürften die Investitionen infolge niedriger Zinsen und anstehenden Ersatzbedarfs beschleunigt steigen. Das Expansionstempo bleibt jedoch insgesamt – nicht zuletzt aufgrund der Nachwirkungen der Euroaufwertung im Jahr 2003 – gering. Wohl erst zum Jahresende wird es das Wachstum des Produktionspotentials leicht übertreffen (Abbildung 2). Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2004 voraussichtlich um 1,8 Prozent steigen, wovon allerdings 0,6 Prozent auf die im Vergleich zu 2003 deutlich höhere Anzahl von Arbeitstagen zurückgehen.

Abbildung 2:

Reales Bruttoinlandsprodukt<sup>a</sup> in Deutschland 2000–2004



<sup>a</sup>Arbeitstäglich- und saisonbereinigt. – <sup>b</sup>Auf Jahresrate hochgerechnet. – <sup>c</sup>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. – <sup>d</sup>Berechnet mit Hilfe eines Hodrick–Prescott-Filters. – <sup>e</sup>Ab 2003 II: Prognose.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Wirtschaft und Statistik* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Nach der hier vorgelegten Prognose entwickelt sich die Konjunktur bis Ende 2004 ungünstiger als im vergangenen März vorhergesagt. Maßgeblich für die Revision der Prognose ist, dass das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2003 aufgrund des Produktionsrückgangs im Dienstleistungssektor deutlich schwächer ausfiel als von uns damals vorausgesagt und die Frühindikatoren für das zweite Quartal keine deutliche Verbesserung versprechen. Hinzu kommt, dass der Euro, entgegen unserer Annahme vom März, weiter aufgewertet hat; dies wird die Konjunktur im weiteren Jahresverlauf und im Jahr 2004 bremsen. Außerdem sind die

Aussichten für die Expansion der Weltwirtschaft in diesem und im nächsten Jahr etwas gedämpfter als vor einem Vierteljahr (Benner et al. 2003b).

## Literaturverzeichnis

- Benner, J., D. Borbély, A. Boss, A. Kuhn, C.-P. Meier, F. Oskamp, J. Scheide und R. Schmidt (2003a). Deutschland: Stagnation hält vorerst an. *Die Weltwirtschaft* (1): 31–56.
- Benner, J., K.-J. Gern, C. Kamps, A. Kuhn, B. Sander und J. Scheide (2003b). Konjunktur in den Industrieländern zieht nur allmählich an. *Die Weltwirtschaft* (2), in diesem Heft.
- Borbély, D., und C.-P. Meier (2003). Macroeconomic Interval Forecasting: The Case of Assessing the Risk of Deflation in Germany. Kieler Arbeitspapiere 1153. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Bundesanstalt für Arbeit (lfd. Jgg.). *Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit*. Nürnberg.
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*. Frankfurt am Main.
- EZB (Europäische Zentralbank) (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 2: Ausländische Bevölkerung*. Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen. Hauptbericht*. Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 3: Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktsberechnung*. Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Wirtschaft und Statistik*. Stuttgart.